

Zuweiserverhalten bei Komplikationen nach Beckenbodenchirurgischen Operationen – Ergebnisse einer Fragebogenanalyse - Referral patterns of general OB/GYN practitioners regarding complications after pelvic reconstructive surgery – RECALL

Frau Dr. Julia von Schell / Klinik für Frauenheilkunde, Universitätsklinikum Freiburg

Frau Dr. Angeline Favre-Inhofer / Klinik für Frauenheilkunde, Universitätsklinikum Freiburg

Herr Dr. Patrick Molnar / Klinik für Frauenheilkunde, Universitätsklinikum Freiburg

Frau Luisa Wirth / Klinik für Frauenheilkunde, Universitätsklinikum Freiburg

Herr Prof. Dr. Markus Hübner / Klinik für Frauenheilkunde, Universitätsklinikum Freiburg

Einleitung: Die Verwendung alloplastischen Materials ist in der Urogynäkologie sowie rekonstruktiven Beckenbodenchirurgie seit vielen Jahren etabliert. Es stehen verschiedene sichere sowie evidenzbasiert wirksame Verfahren zur Behandlung der Harninkontinenz und des Descensus genitalis zur Verfügung.

Ein verpflichtendes bundesweites Register für entsprechende Implantate, wie es dieses beispielsweise für Brust- oder Hüft- bzw. Kniegelenksimplantate gibt, ist bislang nicht verfügbar. Um langfristig Daten über die eingesetzten Implantate in Bezug auf ihre Sicherheit, Komplikationen, Risiken, oder Problemen zu sammeln sowie im Falle des Bekanntwerdens von Problemen eine unkomplizierte Rückverfolgbarkeit zu ermöglichen, wäre der Aufbau eines derartigen Registers auch für die in der Urogynäkologie eingesetzten Implantate sinnvoll und wird aktuell seitens der AGUB angestrebt. Unklar ist hier, inwieweit niedergelassene KollegInnen eingebunden werden müssten bzw. wie aktuell mit postoperativen Komplikationen nach Verwendung alloplastischen Materials umgegangen wird.

Material und Methodik: Eine Online-Umfrage zum Zuweiserverhalten bei Komplikationen nach Beckenbodenchirurgischen Operationen wurde für niedergelassene (8 Fragen) bzw. in Kliniken tätige KollegInnen (10 Fragen) im Programm RedCap erstellt.

Der Link zur Online-Umfrage wurde über den Online-Newsletter des BVF, BLFG, der DGGG und AGUB versendet sowie auf entsprechenden Social-Media-Kanälen beworben.

Die Ergebnisse wurden mithilfe von Excel ausgewertet.

Ergebnisse: Im Zeitraum zwischen dem 21.08.2025 sowie dem 15.12.2025 nahmen 93 in der Niederlassung sowie 77 in der Klinik tätige KollegInnen teil.

97% der befragten niedergelassenen KollegInnen gaben an, Patientinnen nach urogynäkologischen Operationen routinemäßig postoperativ zu sehen. Bei postoperativen Komplikationen ohne Verwendung alloplastischen Materials gaben 56% der TeilnehmerInnen an, diese zunächst selbst zu lösen, nach Verwendung alloplastischen Materials waren dies nur noch 13%.

52% der in der Klinik tätigen TeilnehmerInnen gaben an, Patientinnen nach urogynäkologischen Operationen routinemäßig zur postoperativen Kontrolle einzubestellen, 10% nur nach Verwendung alloplastischen Materials, 18% je nach individuellem Verlauf, 16% führen keine postoperative Kontrolle durch.

Treten postoperative Komplikationen auf, so werden diese in 71% bzw. 66% (ohne bzw. mit alloplastischem Material) selbst gelöst, bzw. in 25% bzw. 30% (ohne bzw. mit alloplastischem Material) nur dann in ein anderes Zentrum verwiesen, sollte das Problem nicht selbst gelöst werden können.

Schluss: Niedergelassene Gynäkolog*innen, weisen Patientinnen mit Komplikationen nach urogynäkologischen Operationen in der überwiegenden Mehrheit wieder den Kliniken zu (87%).

Die meisten Patientinnen nach urogynäkologischen bzw. Beckenbodenchirurgischen Operationen erhalten einen Termin zur postoperativen Kontrolle in der operierenden Klinik, bei Komplikationen werden diese (wenn möglich) dort gelöst.

Dies lässt darauf schließen, dass ein verpflichtendes Implantateregister für urogynäkologische bzw. Beckenbodenchirurgische Implantate vor allem in den Kliniken tätige KollegInnen tangieren wird und einbeziehen sollte.